

II-3645 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ
Zl. IV-50.004/133-2/85

des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode
1010 Wien, den 13. Dezember 1985
Stubenring 1
Telefon 75 00 Telex 111145 oder 111780
Auskunft

Klappe

Durchwahl

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. GUGERBAUER
und Genossen an den Bundesminister für Ge-
sundheit und Umweltschutz betreffend Ver-
fahrensverzögerung bei der Ermittlung von
Umweltstrafsachen (Nr. 1728/J)

1662/AB

1985 -12- 20

zu 1728/J

In der gegenständlichen Anfrage werden folgende Fragen
gestellt:

- "1. Welchen Beitrag wird das neugeschaffene Umweltbun-
desamt zur personellen Situation im Bereich der für
Umweltstrafsachen kompetenten Sachverständigen
leisten?
2. Wie beurteilen Sie die Aussage des Leiters der Staats-
anwaltschaft Linz, daß insbesondere das Fehlen von
verbindlichen Grenzwerten zu Verfahrensverzögerungen
in Umweltstrafsachen führen würde?"

Ich beehre mich, die Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1.:

Die im Umweltbundesamt nach dessen vollständigen Ausbau
tätigen Sachverständigen werden - dem Auftrag des Bundes-
gesetzes über die Umweltkontrolle Rechnung tragend - bei
der Erhebung und Bewertung von Umweltbelastungen eine be-
deutende Aufgabe erhalten.

- 2 -

Die Erhebung von Umweltbelastungen spielt dabei vor allem eine Rolle bei schon bestehenden Einrichtungen und Anlagen. In diesem Sinne werden die Sachverständigen des Umweltbundesamtes insbesondere in den Verfahren gemäß den §§ 79 und 79a der Gewerbeordnung, aber auch allgemein bei den Genehmigungsverfahren für gewerbliche Betriebsanlagen in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Einrichtungen der Länder bzw. der Bezirkshauptmannschaften und den Ämtern der Landesregierungen vorhandene Lücken an Experten schließen können.

Dabei ist insbesondere festzuhalten, daß Verfahren zur Genehmigung oder Änderung von Betriebsanlagen bzw. Verfahren zur Vorschreibung zusätzlicher Auflagen für Betriebsanlagen im Instanzenzug bis zum zuständigen Bundesminister gehen können. In diesen gewerberechtlichen Verfahren III. Instanz sind vorhandene Mängel an Sachverständigen besonders prekär.

Auf strafrechtlichem Gebiet liegt die Bedeutung der Sachverständigen des Umweltbundesamtes derzeit vor allem auf der Ebene der Verwaltungsstrafen, die auf Grundlage der einzelnen Verwaltungsmateriengesetze (insbesondere Gewerbeordnung, Wasserrechtsgesetz, Forstgesetz, DKEG) verhängt werden können.

Bezüglich der gerichtlich strafbaren Handlungen gegen die Umwelt sehen aber auch die §§ 180 bis 183 des Strafgesetzbuches bei vorsätzlichen oder fahrlässigen Verunreinigungen der Gewässer, der Luft, sowie bei Gefährdungen des Tier- und Pflanzenbestandes auch Freiheitsstrafen von sechs Monaten bis zu maximal drei Jahren bzw. entsprechend hohe Geldstrafen vor.

- 3 -

Sollte in diesem Zusammenhang von den Gerichten - und nur diesen obliegt die Zulassung der bei Gerichten tätigen Sachverständigen - der Wunsch an das Umweltbundesamt ergehen, für derartige Strafverfahren Sachverständige beizustellen, so wird das Umweltbundesamt schon auf Grund der Tatsache, daß es über Experten in allen umweltrelevanten Bereichen (Luft, Wasser, Abfall, Toxikologie, Ökologie u.a.m.) verfügen wird diesem Ruf sicher Folge leisten können.

Zu 2.:

Betreffend die Aussagen des Leiters der Staatsanwaltschaft Linz verweise ich auf die Antwort des Bundesministers für Justiz auf die an ihn gerichtete schriftliche Anfrage Nr. 1671/J.

Der Bundesminister:

